

Hausarbeiterinnen und COVID-19: Empfehlungen

Diese Empfehlungen wurden im Rahmen des Forschungsprojekts «[Hausarbeiterinnen und COVID-19](#)» erarbeitet. Ziel war es, die Auswirkungen der Pandemie auf Migrantinnen, die im Bereich Privathaushalt tätig sind, besser zu verstehen. In dieser Zeit verloren viele ihren Arbeitsplatz oder mussten ihre Arbeitsbedingungen in ungleichen Machtverhältnissen neu verhandeln, teilweise ohne legalen Status. Das Projekt wurde vom Forschungsprogramm NPR-80 des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanziert, unter der Leitung von Prof. Dr. Myrian Carbajal und Prof. Dr. Milena Chimienti, und von einem Team der Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg (HETS-FR), Genf (HETS-GE) und Zürich (ZHAW) durchgeführt. Zwischen 2023 und 2026 organisierte das Team partizipative Veranstaltungen und führte 56 Interviews mit Akteur*innen der Politik und Zivilgesellschaft sowie 93 Interviews mit Hausarbeiterinnen in den Kantonen Bern, Freiburg, Genf und Zürich.

1. Bezahlte Hausarbeit uneingeschränkt anerkennen

Der rechtliche Status und der Formalisierungsgrad der Beschäftigung bestimmten den Zugang zu Schutzmassnahmen während der Pandemie: Je prekärer die Situation war, desto höher waren die Risiken von Arbeitsplatzverlust, Gesundheitsgefährdung und Ausschluss von Hilfsleistungen. Die Diskrepanz zwischen dem Bedarf in privaten Haushalten und der gemeldeten Beschäftigung offenbart einen grossen Bereich der Informalität, der die Wirksamkeit der kantonalen Arbeitsaufsicht, der Sozialschutzmassnahmen und der Krisenmassnahmen einschränkt. Diese Mechanismen verstärken die strukturelle Ausgrenzung von Hausarbeiterinnen.

Kurz gesagt: Ausweitung des Arbeits- und Sozialschutzes unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Legalisierungsmöglichkeiten und angemessene Beschäftigungsbedingungen in Privathaushalten

An wen: Bundes- und Kantonsbehörden

Good Practice: [ILO Konvention Nr. 189](#) zum Schutz von Hausarbeiterinnen

2. Zugangsvoraussetzungen für Unterstützungsmassnahmen lockern

Die während der Pandemie Hilfsmassnahmen haben viele Hausarbeiterinnen aufgrund strenger Kriterien (Aufenthaltsstatus, formelle Beschäftigung, Nachweis eines Einkommensverlusts) ausgeschlossen, was durch eine rasche Digitalisierung noch verstärkt wurde. Es ist unerlässlich, die Verfahren zu vereinfachen, physische Anlaufstellen zu gewährleisten und den Zugang zu sozialen Rechten von der Migrationskontrolle zu entkoppeln.

Kurz gesagt: Erleichterung des Zugangs zu finanziellen und gesundheitlichen Massnahmen unabhängig vom rechtlichen oder beruflichen Status

An wen: Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden

Good Practices: Gesetz über die Entschädigung bei Einkommensverlusten ([Kanton Genf](#)); Wirtschaftliche Basishilfe ([Stadt Zürich](#))

3. Kooperationen zwischen öffentlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern

Organisationen der Zivilgesellschaft spielen dank ihres Fachwissens und der vertrauensvollen Beziehungen, die sie zu Hausarbeiterinnen pflegen, eine zentrale Rolle. Ihre Rolle sollte über Krisen hinaus anerkannt werden, sie sollten nachhaltig in die öffentliche Politik eingebunden werden, und eine stabile Finanzierung für die Begleitung sollte gewährleistet werden. Ihnen jedoch öffentliche Zuständigkeiten zu übertragen, könnte den Rückzug des Staates normalisieren und sie zu Kontrollinstanzen machen, was ihre Legitimität untergraben würde.

Kurz gesagt: Stärkung und Einbezug der Zivilgesellschaft ohne Übertragung von Kontrollfunktionen

An wen: Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden

Good Practices: Finanzielle Unterstützung privater gemeinnütziger Organisationen ([Kanton Genf](#)); Verteilung von Lebensmittelgutscheinen über die Zivilgesellschaft ([Stadt Bern](#))

4. Zugang zu Informationen für Hausarbeiterinnen und Arbeitgeber*innen verbessern

Der Zugang zu Informationen ist für die Wahrnehmung von Rechten unerlässlich. Während der Pandemie konnten viele Hausarbeiterinnen aufgrund von sprachlichen und digitalen Barrieren sowie Misstrauen gegenüber Institutionen nicht auf offizielle Unterstützung zugreifen. Community Leaders und informelle Kanäle haben sich dabei als besonders wirksam erwiesen. Es ist notwendig, diverse Strategien zu entwickeln: mehrsprachige Online- und Offline-Instrumente kombinieren, sich auf vertrauenswürdige Akteur*innen stützen und auch Arbeitgeber*innen über ihre Pflichten informieren.

Kurz gesagt: Förderung einer proaktiven Kommunikation für Hausarbeiterinnen und Arbeitgeber*innen auf diversen Kanälen und in verschiedenen Sprachen

An wen: Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden, Hilfsorganisationen und Arbeitgeber*innen

Good Practices: Informelle WhatsApp-Gruppen ([SPAZ Zürich](#); [Beratungsstelle Bern](#))

5. Hausarbeiterinnen zuhören und bei der Politikgestaltung miteinbeziehen

Hausarbeiterinnen haben während und nach der Pandemie wichtige Strategien, Kompetenzen und Solidaritätsnetzwerke entwickelt. Dennoch bleibt ihr Zugang zu Rechten durch strukturelle Ungleichheiten eingeschränkt. Ihre Beteiligung in der Politikgestaltung ermöglicht es, die Vielfalt der Situationen besser zu berücksichtigen. Es ist unerlässlich, ihre kollektiven Initiativen zu unterstützen und ihr Fachwissen anzuerkennen. Sie könnten auch zur Entwicklung von Kampagnen beitragen, die darauf abzielen, die Hausarbeit in der Gesellschaft aufzuwerten und zu formalisieren, sowie Arbeitgeber*innen für ihre Pflichten und Hausarbeiterinnen für ihre Rechte besser zu sensibilisieren.

Kurz gesagt: Förderung der aktiven Beteiligung von Hausarbeiterinnen in Entscheidungsprozessen und Anerkennung ihrer Expertise

An wen: Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden sowie die Zivilgesellschaft

Good Practices: [Autonomía](#) Kooperative (Zürich); Gewerkschaft [SIT](#) (Genf); [ATED](#) (Lausanne)